

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 38/2021

23. September 2021

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Förderrichtlinie Kinderbetreuungsförderung Bund vom 16. August 2021 ..... 1199

### Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020 vom 9. September 2021 ..... 1200

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der RL Heilberufe vom 2. September 2021 ..... 1202

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Bestellung des Landeswahlbeauftragten und seines Stellvertreters für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Sozialversicherung 2023 vom 1. September 2021 ..... 1203

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken Az.: 26-5151/6/20 vom 6. September 2021 ..... 1204

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes Az.: 26-5151/6/20 vom 6. September 2021 ..... 1206

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der bestehenden Anlage zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von gefährlichen Abfällen der Firma ubatt GmbH am Standort Glauchau Gz.: 44-8431/2378 vom 30. August 2021 ..... 1208

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage zur Herstellung von NE-Metallkonzentraten der Firma WRC World Resources Company GmbH am Standort Wurzen – Absage des Erörterungstermins – Gz.: 44-8431/2425 vom 10. September 2021 ... 1210

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Bauvorhaben „Ersatzneubau Brücke über den Petersbach im Zuge der Großhennersdorfer Straße in Ruppertsdorf“ vom 20. August 2021 ..... 1211

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Änderung der Satzung der „Ehrliche Schul- und Armenstiftung“ Gz.: 20-2244/43/3 vom 9. September 2021 ..... 1213

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr über die Umstufung von Straßen in der Landeshauptstadt Dresden vom 1. September 2021 ... 1214

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ vom 22. Juli 2021 .....1227

3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ .....1227

Bekanntmachung des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über die Genehmigung der Dritten Änderungssatzung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „IndustriePark Oberelbe“ vom 8. September 2021 .....1229

Dritte Änderungssatzung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „IndustriePark Oberelbe“ .....1230

# **Sächsisches Staatsministerium für Kultus**

## **Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Förderrichtlinie Kinderbetreuungsfinanzierung Bund**

**Vom 16. August 2021**

### **I. Änderung der Förderrichtlinie Kinderbetreuungsfinanzierung Bund**

Die Förderrichtlinie Kinderbetreuungsfinanzierung Bund vom 8. Oktober 2020 (SächsABl. S. 1254) wird wie folgt geändert:

1. Ziffer I Nummer 1 wird wie folgt gefasst:  
„In den Jahren 2020 und 2021 gewährt der Bund den Ländern im Rahmen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie Finanzhilfen nach Artikel 104b des Grundgesetzes aus dem Bundessondervermögen ‚Kinderbetreuungsausbau‘. Zur Umsetzung dieses Programms gewährt der Freistaat Sachsen im Rahmen seiner Zuständigkeit nach § 82 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 4 des Gesetzes vom 16. Juni 2021 (BGBl. I S. 1810) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und auf der Grundlage von §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch

Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, und nach dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2403, 2407), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2020) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie.“

2. In Ziffer IV Nummer 4 wird die Angabe „30. Juni 2022“ durch die Angabe „30. Juni 2023“ und die Angabe „31. Dezember 2021“ durch die Angabe „31. Dezember 2022“ ersetzt.

### **II. Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 16. August 2021

Der Staatsminister für Kultus  
Christian Piwarz

# **Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020**

**Vom 9. September 2021**

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das beschäftigungspolitische Förderinstrument der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und wird auch im Freistaat Sachsen umgesetzt. Dazu werden im Förderzeitraum 2014 bis 2020 über den ESF beschäftigungspolitisch wirksame Vorhaben zur Förderung folgender thematischer Ziele mittels Zuschüssen unterstützt:

- Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte,
- Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung,
- Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Die Umsetzung der Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF-Förderrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender Investitionsprioritäten:

- Selbstständigkeit, Unternehmergeist und Gründung von Unternehmen, einschließlich von innovativen Kleinunternehmen sowie innovativen kleinen und mittleren Unternehmen,
- Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmen und Unternehmer an den Wandel,
- Aktive Inklusion, nicht zuletzt durch die Förderung der Chancengleichheit und aktiver Beteiligung, und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Verringerung und Verhütung des vorzeitigen Schulabbruchs und Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung und einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung, darunter (formale, nicht formale und informale) Bildungswege, mit denen eine Rückkehr in die allgemeine und berufliche Bildung ermöglicht wird,
- Verbesserung der Qualität und Effizienz von, und Zugang zu, Hochschulen und gleichwertigen Einrichtungen zwecks Steigerung der Zahl der Studierenden und der Abschlussquoten, insbesondere für benachteiligte Gruppen,
- Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, Erleichterung des Übergangs von der Bildung zur Beschäftigung und Stärkung der Systeme der beruflichen Bildung und Weiterbildung und deren Qualität, unter anderem durch Mechanismen für die Antizipation des Qualifikationsbedarfs, die Erstellung von Lehrplänen sowie die Einrichtung und Entwicklung beruflicher Bildungssysteme, darunter duale Bildungssysteme und Ausbildungswege.

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der

nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Beachtung der Auswirkungen des demografischen Wandels sind Grundsätze der ESF-Förderung, die bei der Konzipierung und Umsetzung der ESF-Vorhaben zu berücksichtigen sind. Soziale Innovation und transnationale Zusammenarbeit stellen Querschnittsaufgaben dar, die vorhabensbezogen die Ziele des ESF unterstützen können.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die

Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)  
Pirnaische Straße 9  
01069 Dresden  
Telefon 0351 4910-4930  
Telefax 0351 4910-4000  
E-Mail: [servicecenter@sab.sachsen.de](mailto:servicecenter@sab.sachsen.de)  
Internet: [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF-Förderrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die Fördermöglichkeiten in den jeweiligen Vorhabensbereichen näher erläutern. Informationen zur Beachtung der Grundsätze und Querschnittsaufgaben des ESF werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen fachspezifischen Förderrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder ein Wettbewerbsverfahren mit Stichtagen. Darüber hinaus kann ein zweistufiges Antragsverfahren zugelassen sein, bei welchem bereits Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen werden, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Des Weiteren können Stellungnahmen von Fachstellen hinzugezogen werden, um die Bewilligungsstelle zu beraten.

Die Bewertung erfolgt mindestens nach folgenden Kriterien, die präzisiert und ergänzt werden können. Diese fließen mit der angegebenen Gewichtung in die Bewertung ein:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
  - Ausgangssituation, Bedarf
  - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
  - konkrete Zielbeschreibung
  - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
  - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer

- Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
  - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
- Beschreibung der Arbeitspakete
  - Beschreibung der Methoden
  - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
  - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
  - Verantwortlichkeiten
  - Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
  - Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
  - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
- Benennung zu erwartender Ergebnisse
  - Dokumentation der Ergebnisse
  - Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
  - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
  - Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen
4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
- Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
  - Effektivität der Methoden der Zielerreichung
  - Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Daneben werden Aussagen hinsichtlich des jeweiligen Beitrags zu den ESF-Grundsätzen

- Umwelt- und Ressourcenschutz
  - Gleichstellung von Frauen und Männern
  - Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung
- erwartet. Sofern die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung der Grundsätze (Umwelt- und Ressourcenschutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung) beitragen, werden diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt.

Bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden außerdem Vorhaben, die die Umsetzung der Querschnittsaufgaben:

- Soziale Innovation
  - Transnationale Zusammenarbeit
- beinhalten.

Sofern eine positive Stellungnahme der lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben der lokalen Entwicklung vorliegt, wird diese berücksichtigt. Die Antragsstellen in den anerkannten LEADER-Gebieten finden Sie hier:  
<https://www.smul.sachsen.de/foerderung/3663.htm>

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und bedingungsfreien ESF-Auswahlverfahrens im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 9. September 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Marth  
Referatsleiterin

# **Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der RL Heilberufe**

**Vom 2. September 2021**

### **I.**

Die RL Heilberufe vom 12. März 2020 (SächsABl. S. 305) wird wie folgt geändert:

1. Teil 1 Ziffer I wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Hebammen“ die Wörter „und Entbindungspfleger“ gestrichen.
  - b) In Nummer 2 Buchstabe a wird das Wort „er“ durch das Wort „der“ ersetzt.
2. Teil 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Großbuchstabe C wird wie folgt geändert:
    - aa) In der Überschrift werden nach dem Wort „Hebammen“ die Wörter „und Entbindungspfleger“ gestrichen.
    - bb) In Ziffer I werden nach den Wörtern „und Hebammen“ die Wörter „sowie Entbindungspfleger1“ gestrichen.

- cc) Ziffer III Nummer 1 wird wie folgt gefasst:  
„für den Fördergegenstand unter Ziffer II Nummer 1 Vereine oder Verbände, die landesweit tätig sind und
  - a) bei Antragsstellung einen Nachweis über die fachlichen Kompetenzen zum Betrieb der Koordinierungsstelle oder
  - b) den Nachweis erbringen, dass der Betrieb der Koordinierungsstelle in Absprache mit dem Sächsischen Hebammenverband erfolgt,“
- b) In Großbuchstabe D Ziffer V Satz 4 wird nach dem Wort „beträgt“ ein Punkt eingefügt.

### **II.**

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 in Kraft.

Dresden, den 2. September 2021

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Petra Köpping

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
über die Bestellung des Landeswahlbeauftragten und seines  
Stellvertreters für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der  
Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Sozialversicherung 2023**

**Vom 1. September 2021**

Gemäß § 2 Absatz 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung vom 28. Juli 1997 (BGBl. I S. 1946), die zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 11. Februar 2021 (BGBl. I S. 154) geändert worden ist, wird bekannt gemacht:

Nach § 53 Absatz 2 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 2009 (BGBl. I S. 3710, 3973; 2011 I S. 363), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1387) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 der Wahlordnung für die Sozialversicherung werden mit Wirkung zum 1. Oktober 2021

**Herr Regierungsoberrat Rainer Klein**

zum Landeswahlbeauftragten für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Sozialversicherung 2023 im Freistaat Sachsen

und

**Herr Regierungsinspektor Benjamin Dornig**

zu seinem Stellvertreter

bestellt.

Der Landeswahlbeauftragte und sein Stellvertreter haben ihren Sitz im Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sind unter folgenden Kontaktdaten zu erreichen:

Sächsischer Landeswahlbeauftragter  
für die Sozialversicherungswahlen  
Albertstraße 10  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564-56325 und 0351 564-57322  
Fax: 0351 564-55309  
E-Mail: [lwb@sms.sachsen.de](mailto:lwb@sms.sachsen.de)

Die Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales über die Bestellung des Landeswahlbeauftragten und seines Stellvertreters für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Sozialversicherung 2017 im Freistaat Sachsen vom 23. Januar 2019 (SächsABl. S. 313) wird zum 30. September 2021 gegenstandslos.

Dresden, den 1. September 2021

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Petra Köpping

# Landesdirektion Sachsen

## Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

### Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken

Az.: 26-5151/6/20

Vom 6. September 2021

Die Landesdirektion Sachsen erlässt auf der Grundlage von § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BAnz AT 26.05.2020 V1), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3146) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nutzen-Risiko-Bewertung der nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörde (hier: Paul-Ehrlich-Institut) vom 11. August 2021, mit der festgestellt worden ist, dass die Ausnahme von den in § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind, folgende

#### Allgemeinverfügung:

Den Apotheken im Freistaat Sachsen wird bis längstens 31. Mai 2022 das Abpacken, das Kennzeichnen sowie die Freigabe des Fertigarzneimittels „Spikevax®“, jeweils auf Ebene der Sekundärverpackung, abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung gestattet.

Gemäß Nutzen-Risiko-Bewertung des Paul-Ehrlich-Instituts vom 11. August 2021 ist die Arbeitshilfe der Bundesapothekerkammer zur Qualitätssicherung Standardarbeitsanweisung „Umgang mit dem COVID-19-Impfstoff Spikevax® von Moderna in der Apotheke“ (Stand: 3. August 2021) und die „Begleitdokumentation COVID-19-Impfstoffe“ (Stand: 3. August 2021) einzuhalten.

Weiterhin wird das Inverkehrbringen dieses, auf Ebene der Sekundärverpackung abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellten Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken im Freistaat Sachsen bis längstens 31. Mai 2022 gestattet.

Diese Gestattung zum Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ gilt auch, wenn die oben genannten Herstellungsschritte abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung nicht durch die Apotheken selbst, sondern durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes vorgenom-

men wurden, wenn diesen die Durchführung dieser Herstellungsschritte durch die jeweils zuständige Landesbehörde gestattet wurde.

Diese Allgemeinverfügung kann ganz oder teilweise jederzeit widerrufen werden.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Diese Allgemeinverfügung gilt mit ihrer Wiedergabe auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als bekanntgegeben. Ein Abdruck nachrichtlich im Sächsischen Amtsblatt wird nachgeholt, sobald dies möglich und soweit die Allgemeinverfügung nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist. Sie gilt ab dem 6. September 2021.

#### Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung kann die für die Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 des Arzneimittelgesetzes zuständige Behörde im Einzelfall das Inverkehrbringen von Arzneimitteln gestatten, die abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder abweichend von §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 oder §§ 22 bis 26 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurden, wenn die nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständige Bundesoberbehörde nach Vornahme einer Nutzen-Risiko-Bewertung feststellt, dass die jeweilige Ausnahme von den genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind.

Eine solche Feststellung durch das Paul-Ehrlich-Institut als der zuständigen Bundesoberbehörde ist am 11. August 2021 erfolgt.

Die Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 6 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung Heilberufe und Pharmazie vom 21. März 2006 (SächsGVBl. S. 73, 74), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung vom 5. April 2019 (Sächs-

GVBl. S. 245) geändert worden ist, zuständige Behörde für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen und somit auch zuständig für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ihren Rechtsgrund in § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann die Behörde im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung anordnen. Damit entfällt die mit einem Rechtsbehelf eintretende aufschiebende Wirkung. Andernfalls hätte dies zur Folge, dass während des Rechtsbehelfsverfahrens das Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken nicht möglich wäre. Ohne eine flächendeckende und beschleunigte Impfung der Bevölkerung beständen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach Abwägung überwiegt das öffentliche Interesse durch den Sofortvollzug, insbesondere um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.

Leipzig, den 6. September 2021

Landesdirektion Sachsen  
Marion Reinhardt  
Referatsleiterin Pharmazie, GMP-Inspektorat

## Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

### Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes

**Az.: 26-5151/6/20**

**Vom 6. September 2021**

Die Landesdirektion Sachsen erlässt auf der Grundlage von § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BANZ AT 26.05.2020 V1), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3146) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nutzen-Risiko-Bewertung der nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörde (hier: Paul-Ehrlich-Institut) vom 11. August 2021, mit der festgestellt worden ist, dass die Ausnahme von den in § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind, folgende

#### Allgemeinverfügung:

Den folgenden Inhabern einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen

	Adresse
Alliance Healthcare Deutschland GmbH	Niederlassung Dresden Schutterwälder Straße 13 01458 Ottendorf-Okrilla
Alliance Healthcare Deutschland GmbH	Niederlassung Meerane Seiferitzer Allee 2 08393 Meerane
Alliance Healthcare Deutschland GmbH	Service Center Leipzig Fokkerstraße 8 04435 Schkeuditz OT Glesien
GEHE Pharma Handel GmbH	Grenzstraße 18 01109 Dresden
Noweda GmbH & Co. KG	Apothekerstraße 1 09661 Rossau
Noweda Pharma-Handels GmbH	Apothekerstraße 1 04425 Taucha
Phoenix Pharmahandel GmbH & Co. KG	Am Schenkberg 3 04349 Leipzig
Sanacorp Pharmahandel GmbH	Carl-von-Bach-Straße 12 09116 Chemnitz

wird bis längstens 31. Mai 2022 das Abpacken, das Kennzeichnen sowie die Freigabe des Fertigarzneimittels „Spikevax®“, jeweils auf Ebene der Sekundärverpackung, abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung gestattet. Gemäß Nutzen-Risiko-Bewertung des Paul-Ehrlich-Instituts vom 11. August 2021 ist die Prozessbeschreibung: Warenannahme, Lage-

rung, Kommissionierung von Teilmengen von Spikevax® des pharmazeutischen Unternehmers Moderna Biotech Spain, S.L. (Moderna) im Arzneimittelgroßhandel und die Auslieferung an Apotheken (Version 1.1, Stand: 11. August 2021) einzuhalten.

Weiterhin wird das Inverkehrbringen dieses Fertigarzneimittels „Spikevax®“, das auf Ebene der Sekundärverpackung durch die oben genannten Erlaubnisinhaber nach § 52a des Arzneimittelgesetzes abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurde, durch die oben genannten Erlaubnisinhaber nach § 52a des Arzneimittelgesetzes bis längstens 31. Mai 2022 gestattet. Dies gilt auch, wenn die oben genannten Herstellungsschritte abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung nicht in den oben genannten Betriebsstätten vorgenommen wurden, sondern durch andere Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes, wenn diesen die Durchführung der Herstellungsschritte durch die jeweils zuständige Landesbehörde gestattet wurde.

Diese Allgemeinverfügung kann ganz oder teilweise jederzeit widerrufen werden.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Sie gilt mit ihrer Wiedergabe auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als bekanntgegeben. Ein Abdruck nachrichtlich im Sächsischen Amtsblatt wird nachgeholt, sobald dies möglich und soweit die Allgemeinverfügung nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist. Sie gilt ab dem 6. September 2021.

#### Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung kann die für die Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 des Arzneimittelgesetzes zuständige Behörde im Einzelfall das Inverkehrbringen von Arzneimitteln gestatten, die abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder abweichend von §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 oder §§ 22 bis 26 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurden, wenn die nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständige Bundesoberbehörde nach Vornahme einer Nutzen-Risiko-Bewertung feststellt, dass die jeweilige Ausnahme von den genannten Vorschriften zur Sicherstellung

der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind.

Eine solche Feststellung durch das Paul-Ehrlich-Institut als der zuständigen Bundesoberbehörde ist am 11. August 2021 erfolgt.

Die Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 6 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung Heilberufe und Pharmazie vom 21. März 2006 (SächsGVBl. S. 73, 74), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, zuständige Behörde für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen und somit auch zuständig für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ihren Rechtsgrund in § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann die Behörde im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung anordnen. Damit entfällt die mit einem Rechtsbehelf eintretende aufschiebende Wirkung. Andernfalls hätte dies zur Folge, dass während des Rechtsbehelfsverfahrens das Inverkehrbringen

des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch die oben genannten Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes nicht möglich wäre. Ohne eine flächendeckende und beschleunigte Impfung der Bevölkerung beständen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach Abwägung überwiegt das öffentliche Interesse durch den Sofortvollzug, insbesondere um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.ids.sachsen.de/kontakt](http://www.ids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.

Leipzig, den 6. September 2021

Landesdirektion Sachsen  
Marion Reinhardt  
Referatsleiterin Pharmazie, GMP-Inspektorat

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes  
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung  
zur wesentlichen Änderung der bestehenden Anlage zur zeitweiligen  
Lagerung und Behandlung von gefährlichen Abfällen  
der Firma ubatt GmbH am Standort Glauchau**

**Gz.: 44-8431/2378**

**Vom 30. August 2021**

Die Landesdirektion Sachsen hat der Firma ubatt GmbH, Ludwig-Erhard-Straße 2 in 08371 Glauchau, mit Datum vom 13. August 2021 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der bestehenden Anlage zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von gefährlichen Abfällen am Standort Glauchau mit folgendem verfügenden Teil, erteilt:

1. Die Firma ubatt GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Thomas Voggenthaler, Ludwig-Erhard-Straße 2 in 08371 Glauchau, erhält auf ihren Antrag vom 26. Januar 2021 gemäß § 16 Absatz 4 in Verbindung mit §§ 4, 6 und 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen und den Nummern 8.12.1.1, 8.11.2.1 und 8.11.2.4 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der bestehenden Anlage zur Zwischenlagerung und Behandlung von gefährlichen Abfällen auf dem Betriebsgelände in 08371 Glauchau, Ludwig-Erhard-Straße 2 (Flurstücksnummer 412/45 der Gemarkung Jerisau in der Stadt Glauchau im Landkreis Zwickau).  
Die Lagerkapazität erhöht sich von bisher 123 Tonnen auf 884 Tonnen gefährliche Abfälle.  
Die Positivliste der Anlage zur Zwischenlagerung gefährlicher Abfälle wird um Abfälle mit dem Abfallschlüssel 16 02 21\* (Lithiumbatterien) erweitert.  
Für die Lagerung der Lithiumbatterien werden vier Abrollcontainer auf dem Betriebsgelände errichtet.
2. Der Umfang der Anlagen, Anlagenteile und Nebeneinrichtungen ergibt sich aus den in Abschnitt B aufgeführten Antragsunterlagen. Bei unterschiedlichen Angaben zwischen dem Antrag vom 26. Januar 2021 und den Nachträgen vom 25. April 2021, 6. Juni 2021 und 19. Juli 2021, gelten die Angaben des Nachtrages vom 19. Juli 2021.
3. Die geänderte Anlage ist nach den in Abschnitt B aufgeführten Antragsunterlagen, auf der Grundlage der in Abschnitt A getroffenen Entscheidungen und unter Berücksichtigung der in Abschnitt C festgelegten Nebenbestimmungen zu errichten und zu betreiben.
4. Eingeschlossen ist die Baugenehmigung nach § 59 der Sächsischen Bauordnung für die Errichtung der vier Abrollcontainer zur zeitweiligen Lagerung der Lithiumbatterien.
5. Diese Genehmigung ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Landesdirektion Sachsen vor Inbetriebnahme der geänderten Anlage zur Sicherstellung der Erfüllung der Betreiberpflichten, insbesondere zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Entsorgung der in der Anlage lagernden Abfälle, eine Sicherheitsleistung in Höhe von 62 000,00 Euro erbracht wird.  
Die Sicherheitsleistung kann wahlweise in Form einer unbedingten und unbefristeten selbstschuldnerischen Bankbürgschaft einer deutschen Großbank, durch Hinterlegung in Geld nach dem Sächsischen Hinterlegungsgesetz oder den Abschluss einer Ausfallversicherung bei einem deutschen, bundesweit agierenden Institut mit Gerichtsstand in Deutschland abgesichert werden.  
Die Anpassung der Höhe der Sicherheitsleistung bleibt vorbehalten.
6. Die Absicht, die geänderte Anlage in Betrieb zu nehmen, ist der Landesdirektion Sachsen, der Stadt Glauchau und dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie mindestens 14 Tage vorher schriftlich anzuzeigen. Als Inbetriebnahme gilt die erstmalige Überschreitung der bisher genehmigten Lagerkapazität, der bisher genehmigten Jahresdurchsatzleistung oder die erstmalige Annahme von gefährlichen Lithiumbatterien.
7. Diese Genehmigung erlischt, wenn die geänderte Anlage nicht bis zum 31. Dezember 2023 in Betrieb genommen worden ist.
8. Die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung erhobenen Einwendungen werden zurückgewiesen, sofern ihnen in diesem Bescheid nicht entsprochen wurde.
9. Die Kosten dieses Verfahrens hat die Firma ubatt GmbH zu tragen. Die Höhe der Kosten wird gesondert festgesetzt.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

**vom 24. September 2021 bis  
einschließlich 7. Oktober 2021**

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden:

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,  
Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz  
Zimmer 517

Montag und Mittwoch 9:00 Uhr–12:00 Uhr  
und 13:00 Uhr–15:00 Uhr  
Dienstag und Donnerstag 9:00 Uhr–12:00 Uhr  
und 13:00 Uhr–18:00 Uhr  
Freitag 9:00 Uhr–12:00 Uhr.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail: [post@lds.sachsen.de](mailto:post@lds.sachsen.de), Telefonnummer 0371 532-0. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit Covid-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und

Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasen-Schutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse:

<http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung>  
unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über [poststelle@lds.sachsen.de](mailto:poststelle@lds.sachsen.de), angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Chemnitz, den 30. August 2021

Landesdirektion Sachsen  
Svarovsky  
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes  
Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage  
zur Herstellung von NE-Metallkonzentraten  
der Firma WRC World Resources Company GmbH  
am Standort Wurzen  
– Absage des Erörterungstermins –**

**Gz.: 44-8431/2425**

**Vom 10. September 2021**

Der für den 4. Oktober 2021 ab 9:00 Uhr im Plenarsaal in der Stadtverwaltung Wurzen, Friedrich-Ebert-Straße 2 in 04808 Wurzen angesetzte Erörterungstermin zum oben genannten Vorhaben (Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 16. Juni 2021 im Sächsischen Amtsblatt Nummer 36 vom 1. Juli 2021) sowie im Internet unter <http://www.lidsachsen.de/bekanntmachung> unter der Ru-

brik Umweltschutz) findet gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, nicht statt.

Leipzig, den 10. September 2021

Landesdirektion Sachsen  
Svarovsky  
Abteilungsleiter

# **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Bauvorhaben „Ersatzneubau Brücke über den Petersbach im Zuge der Großenhennersdorfer Straße in Ruppertsdorf“**

**Vom 20. August 2021**

## **I.**

Mit Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 10. August 2021, Gz.: 32-0522/818/15, ist der Plan für das Bauvorhaben „Ersatzneubau Brücke über den Petersbach im Zuge der Großenhennersdorfer Straße in Ruppertsdorf“ gemäß § 39 des Sächsischen Straßengesetzes und § 74 Absatz 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in Verbindung mit § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen festgestellt worden.

## **II.**

Da mehr als 50 Zustellungen des Planfeststellungsbeschlusses vorzunehmen wären, wird die Zustellung gemäß § 74 Absatz 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt.

Je eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlagen in der Zeit

**vom 4. Oktober 2021  
bis einschließlich 18. Oktober 2021**

bei der Stadtverwaltung Herrnhut, Löbauer Straße 18, 02747 Herrnhut während der Dienststunden

Montag	7:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 15:00 Uhr
Dienstag	7:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 18:00 Uhr
Mittwoch	7:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 15:00 Uhr
Donnerstag	7:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 17:00 Uhr
Freitag	7:00 bis 13:00 Uhr

aus.

Beim Betreten der Verwaltungsgebäude ist zwingend eine „Mund-Nasen-Bedeckung“ zu tragen.

Der Planfeststellungsbeschluss wurde denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahme entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit Ende der Auslegungsfrist allen übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Absatz 4 S. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss von den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen rechtzeitig erhoben haben, bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz, schriftlich angefordert werden.

Zusätzlich kann der Planfeststellungsbeschluss über die Internet-Seite <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachungen> unter der Rubrik Infrastruktur/Gemeindestra-

ßen, sonstige öffentliche Straßen eingesehen werden. Der Inhalt dieser Bekanntmachung und der Planfeststellungsbeschluss ist zusätzlich über das zentrale Internetportal <https://www.uvp-verbund.de> zugänglich.

Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

## **III.**

### **Gegenstand des Vorhabens**

Die Brücke über den Petersbach liegt im Verlauf der Großenhennersdorfer Straße am Ortseingang des Ortsteiles Ruppertsdorf. Sie ist Bestandteil einer kommunalen Straße der Stadt Herrnhut. Diese verbindet die Ortschaft zwischen der Staatsstraße S 144 und der Kreisstraße K 8610, welche wiederum die Ortschaften Löbau, Herrnhut und Zittau als Straßenachse miteinander verbindet. Über sie wird man über die Großenhennersdorfer Straße in Richtung Herrnhut an das Kreisstraßensystem des Landkreises Görlitz angeschlossen.

Der vorhandene Brückenkörper weist erhebliche bauliche Defizite auf. Das Bauwerk wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Gewölbebrücke errichtet. Das Gewölbe wurde aus Bruchsteinmauerwerk hergestellt und hat eine konstruktive Quersicherung. Sie ist gegenwärtig tonnageschränkt und steht unter Denkmalschutz. Sie weist nicht unerhebliche bauliche Schäden auf.

Geplant ist ein Brückenersatzneubau. Dieser ist im Bereich der Brücke mit einer Straßenverbreiterung auf 6,00 m und der Herstellung der Tragfähigkeit der Brücke für Lasten gemäß DIN EN 1991-2 und -2/NA (LMM1= 600 kN =60t) verbunden. Die derzeitigen Brüstungswände werden auf der neuen Brücke auf Grund von Sichtverhältnissen und Hochwasserabflüssen durch Füllstabgeländer ersetzt. Der Ersatzneubau erfolgt in Stahlbetonbauweise, wobei die Anordnung einer zum Gewässerlauf parallel führenden Flügelwand historisch ausgeführt wird.

Erhaltenswerte historische Baustoffe der Brücke sollen gemäß der für den Brückenabriss bereits vorliegenden denkmalschutzrechtlichen Genehmigung und mit der der Unteren Denkmalschutzbehörde getroffener Absprachen (Zusagen) in den Ersatzneubau integriert werden (Stein mit Jahreszahl „1830“, Natursteinabdeckplatten der Brüstungswände, einzelne Steine des Natursteinmauerwerkes).

### **Verfügender Teil des Planfeststellungsbeschlusses**

Der Plan zu dem Vorhaben „Ersatzneubau Brücke über den Petersbach im Zuge der Großenhennersdorfer Straße in Ruppertsdorf“ wird festgestellt. Dem Vorhabenträger werden Auflagen erteilt, von deren Abdruck abgesehen wird. Die vom Vorhabenträger abgegebenen Zusagen sind verbindlich

einzuhalten, soweit der Planfeststellungsbeschluss nichts Anderes regelt.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden.

#### IV.

##### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden erhoben werden.

Für die Betroffenen, denen der Planfeststellungsbeschluss nicht zugestellt wurde, gilt als Zeitpunkt der Zustellung der letzte Tag der Auslegungsfrist.

Die Klage ist schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts zu erheben. Sie kann auch elektronisch erhoben werden nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen sind anzugeben.

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann beim oben genannten Verwaltungsgericht gestellt werden.

Dresden, den 20. August 2021

Landesdirektion Sachsen  
Godehard Kamps  
Abteilungsleiter Infrastruktur

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
zur Änderung der Satzung  
der „Ehrlichsche Schul- und Armenstiftung“**

**Gz.: 20-2244/43/3**

**Vom 9. September 2021**

Mit Bescheid der Landesdirektion Sachsen vom 7. Juni 2021 wurde die vom Vorstand der Ehrlich'schen Schul- und Armenstiftung am 7. Januar 2021 beschlossene Satzungsänderung genehmigt. Die Satzungsänderung betrifft im Wesentlichen die Regelungen zur Vermögensverwaltung, Vorstandsbesetzung und Gemeinnützigkeit, wovon ebenfalls Regelungen zum Stiftungszweck umfasst sind. Mit der Änderung konkretisiert die Satzung den Zweck der Stiftung wie folgt:

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke wie sie in der Abgabenordnung beschrieben sind. Sie ist selbstlos tätig und schließt eigenwirtschaftliche Zielsetzungen aus.

Stiftungszweck ist vor allem die Förderung der beruflichen Ausbildung und der schulischen Bildung junger Menschen und die Unterstützung sowohl von Kindergärten als auch von Alters- und Pflegeheimen sowie von Einrichtungen

für Behinderte, soweit Hilfe geboten ist, damit jungen Menschen eine christlich orientierte Bildung und Ausbildung ermöglicht wird, ältere Menschen Fürsorge in christlicher Verbundenheit erfahren und Behinderten in christlicher Nächstenliebe beigestanden werden kann.

Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Stipendien und Zuwendungen an Personen und Institutionen sowie die Förderung und Durchführung von Veranstaltungen und Projekten. Die Stiftung verwirklicht ihre Aufgaben selbst oder durch Hilfspersonen im Sinne des § 57 Absatz 1 Satz 2 der Abgabenordnung, sofern sie nicht im Wege der Mittelbeschaffung gemäß § 58 Nummer 1 der Abgabenordnung tätig wird.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 9. September 2021

Landesdirektion Sachsen  
Koller  
Abteilungsleiter

# **Andere Behörden und Körperschaften**

## **Bekanntmachung**

### **des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr**

### **über die Umstufung von Straßen in der Landeshauptstadt Dresden**

**Vom 1. September 2021**

Gemäß § 7 des Sächsischen Straßengesetzes vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29) geändert worden ist, stuft das Landesamt für Straßenbau und Verkehr folgende Straßen um:

#### **1. Straßenbeschreibung**

- 1.1 Ortsstraße „Am Weißeritzmühlgraben“ (Straßenschlüssel 12152), Flurstück 513/3 sowie eine Teilfläche des Flurstücks 515/5, beide Gemarkung Dresden-Löbtau, beginnend an der „Fabrikstraße“; endend am westlichsten Grenzeckpunkt des Flurstücks 515/3 Gemarkung Dresden-Löbtau (vergleiche Lageplan 1)

Länge: 0,094 km

- 1.2 Teilabschnitt der Ortsstraße „Liegauer Straße“ (Straßenschlüssel 07061), Teilflächen der Flurstücke 186/5 und 562 der Gemarkung Dresden-Bühlau, beginnend an der „Wachauer Straße“; endend an der „Lotzdorfer Straße“ (vergleiche Lageplan 2)

Länge: 0,079 km

- 1.3 Teilabschnitt der Ortsstraße „Basteiplatz“ (Straßenschlüssel 10056), Teilfläche von Flurstück 194h der Gemarkung Dresden-Strehlen, beginnend an der „Karcherallee“ (vor Haus Nummer 4 Basteiplatz); endend an der „Wiener Straße“ (vor Haus Nummer 4 Basteiplatz) (vergleiche Lageplan 3)

Länge: 0,040 km

- 1.4 Teilabschnitt der Ortsstraße „Bischofsplatz“ (Straßenschlüssel 05011), Teilflächen der Flurstücke 2539/2 und 2539/3, beide Gemarkung Dresden-Neustadt; beginnend am nördlichen Straßenzug des „Bischofsplatzes“ in Verlängerung der „Fritz-Reuter-Straße“; endend am südlichen Straßenzug des „Bischofsplatzes“ in Verlängerung der „Conradstraße“ (vergleiche Lageplan 4)

Länge: 0,0155 km

- 1.5 Teilabschnitt der Ortsstraße „Rathener Straße“ (Straßenschlüssel 10278), Teilflächen der Flurstücke 178/1 und 209/1, beide Gemarkung Dresden-Großschachwitz, beginnend am Hauptzug der „Rathener Straße“, endend am Anschluss der „Bahnhofstraße“ (vergleiche Lageplan 5)

Länge: 0,105 km

- 1.6 Teilabschnitt der Ortsstraße „Paul-Schwarze-Straße“ (Straßenschlüssel 00027), Teilfläche des Flurstücks 2488/11 der Gemarkung Dresden-Neustadt; beginnend

im Bereich westlich des Staatsarchivs, endend an der „Archivstraße“ (vergleiche Lageplan 6)

Länge: 0,015 km

- 1.7 Teilabschnitt der Ortsstraße „Kreuzstraße“ (Straßenschlüssel 00184), Teilflächen des Flurstücks 2630/7 der Gemarkung Dresden-Altstadt; beginnend am Schnittpunkt der westlichen Bauflucht des Gebäudes Nummer 7 mit der Straßenachse; endend am Beginn der Gebäudedurchfahrt gegenüber der nordöstlichen Ecke der Kreuzkirche (vergleiche Lageplan 7)

Länge: 0,036 km

- 1.8 Teilabschnitt der Ortsstraße „Spiegelweg“ (Straßenschlüssel 07491), Flurstücke 72/7 und 595/16 sowie Teilflächen der Flurstücke 72/1, 595/11 und 925, alle Gemarkung Dresden-Eschdorf; beginnend an der südöstlichen Grenze des Flurstücks 595/13 der Gemarkung Dresden-Eschdorf (Absperrpfosten nördlich des Hauses Nummer 8), endend im Schnittpunkt der verlängerten gemeinsamen Grenze zwischen den Flurstücken 923 und 924 der Gemarkung Dresden-Eschdorf (nördlich des Gebäudes Nummer 18 – vergleiche Lageplan 8)

Länge: 0,158 km

- 1.9 Teilabschnitte (TA) der Ortsstraße „Brauergrasse“ (Straßenschlüssel 14324), Teilflächen der Flurstücke 16, 16a und 17/3 der Gemarkung Dresden-Cossebaude; 1. TA beginnend am Poller 2 Meter nördlich des Hauses Nummer 2, endend an der „August-Bebel-Straße“; 2. TA beginnend an der „August-Bebel-Straße“, endend an der Einfahrt „Hauptstraße (CB) 9“ (vergleiche Lageplan 9)

Länge TA 1: 0,058 km

Länge TA 2: 0,050 km

- 1.10 Ortsstraße „Grasweg“ (Straßenschlüssel 09171), Flurstück 24g sowie Teilflächen der Flurstücke 24c und 24f alle Gemarkung Dresden-Großschachwitz; beginnend an der „Bahnhofstraße“, endend an der „Pirnaer Landstraße“ (vergleiche Lageplan 10)

Länge: 0,188 km

- 1.11 Teilabschnitt der Ortsstraße „ÖW 8 – Kaditz“ (Straßenschlüssel 01038), Flurstück 1777b sowie Teilflächen des Flurstücks 2222, beide Gemarkung Dresden-Kaditz, beginnend an der „Spitzhausstraße“, endend an der Zufahrtsstraße südlich des Hauses Nummer 145 (vergleiche Lageplan 11)

Länge: 0,215 km

## 2. Verfügungen

- 2.1 Die unter den Ziffern 1.1, 1.3, 1.4 und 1.9 näher bezeichneten Straßenabschnitte werden zum beschränkt-öffentlichen Weg (BÖW) in Gestalt eines Geh-/Radweges (Widmungsbeschränkung Fußgänger- und Radverkehr) abgestuft.
- 2.2 Die unter Ziffer 1.2, 1.5, 1.6 und 1.8 näher bezeichneten Straßenabschnitte werden zum beschränkt-öffentlichen Weg in Gestalt eines Gehweges (Widmungsbeschränkung Fußgängerverkehr) abgestuft.
- 2.3 Der unter Ziffer 1.7 näher bezeichnete Straßenabschnitt wird zum beschränkt-öffentlichen Weg in Gestalt einer Fußgängerzone (Widmungsbeschränkung Fußgängerverkehr, Radverkehr frei) abgestuft.
- 2.4 Der unter Ziffer 1.10 näher bezeichnete Straßenabschnitt wird zum beschränkt-öffentlichen Weg in Gestalt eines Geh-/Radweges (Widmungsbeschränkung Fußgänger- und Radverkehr, Anliegerverkehr frei) abgestuft.
- 2.5 Der unter Ziffer 1.11 näher bezeichnete Straßenabschnitt wird zum öffentlichen Feld- und Waldweg (ÖFW) abgestuft.
- 2.6 Neuer Träger der Straßenbaulast ist jeweils die Landeshauptstadt Dresden.
- 2.7 Die Verfügungen treten am 1. Januar 2022 in Kraft.

## 3. Einsichtnahme

Die vollständigen Umstufungsverfügungen können in der Landeshauptstadt Dresden, Straßen- und Tiefbauamt, St. Petersburger Straße 9, 01069 Dresden

beziehungsweise im Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden während der Dienstzeiten eingesehen werden. Zudem erfolgt eine Veröffentlichung im Internet auf der Website des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr ([www.lasuv.sachsen.de](http://www.lasuv.sachsen.de), Rubrik „Bekanntmachungen“).

Die Umstufungsverfügungen gelten zwei Wochen nach der Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt gegenüber der Allgemeinheit als bekanntgegeben. Für die Beteiligten, denen die Umstufungsverfügung auf andere Weise, zum Beispiel mittels Postzustellungsurkunde, Empfangsbekenntnis oder durch eingeschriebenen Brief zugestellt wurde, gilt dagegen die Bekanntgabe mit der Zustellung als bewirkt.

## 4. Rechtsbehelfsbelehrung

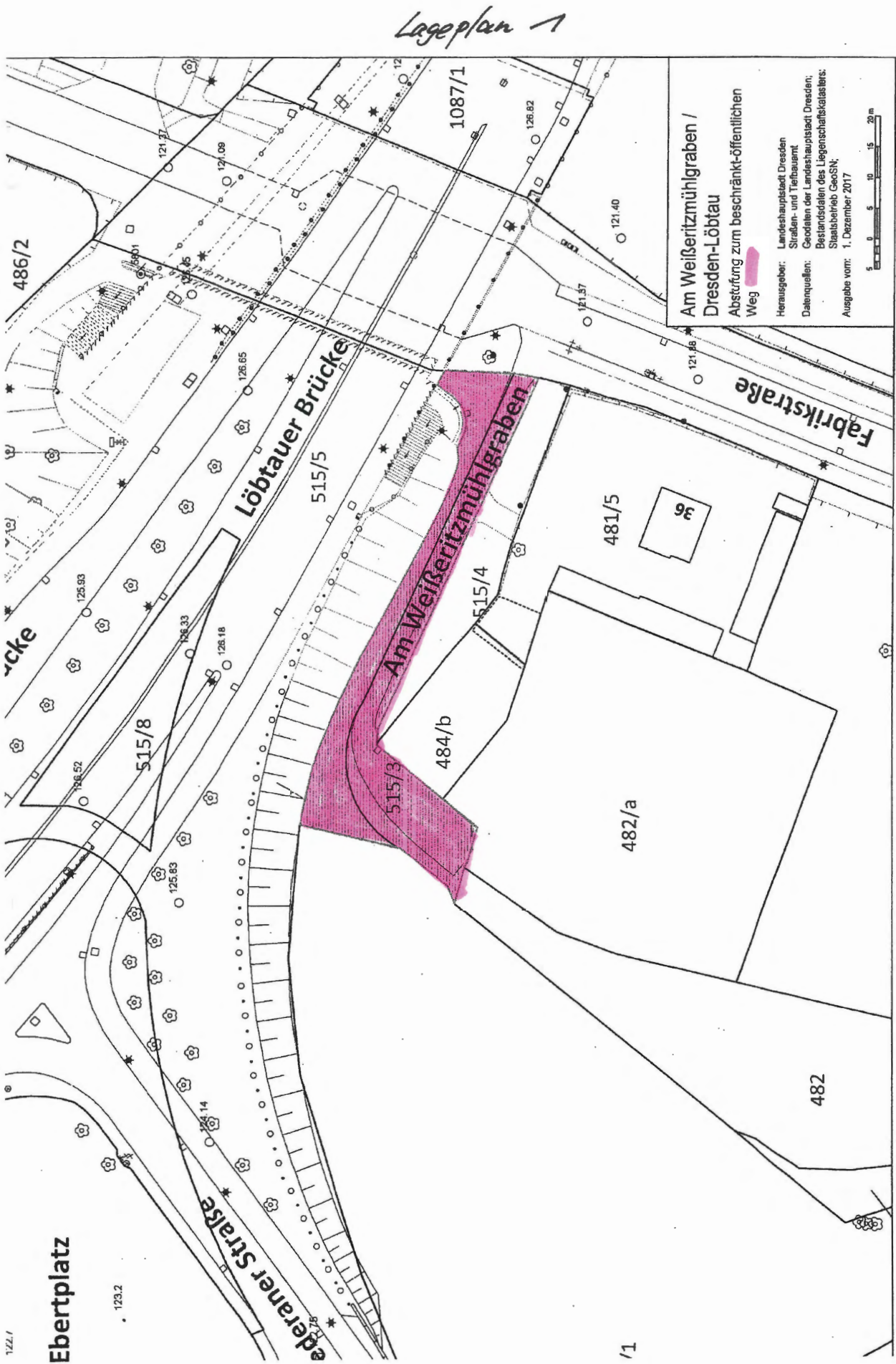
Gegen die Umstufungsverfügungen kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Widerspruch beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden eingelegt werden.

Der Widerspruch kann auch beim

- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Bautzen, Käthe-Kollwitz-Straße 19, 02625 Bautzen;
- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Zschopau, Sitz Chemnitz, Hans-Link-Straße 4, 09131 Chemnitz;
- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Meißen, Heinrich-Heine-Str. 23 c, 01662 Meißen;
- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Leipzig, Maximilianallee 3, 04129 Leipzig;
- Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen, Weststraße 73, 08523 Plauen eingelegt werden.

Dresden, den 1. September 2021

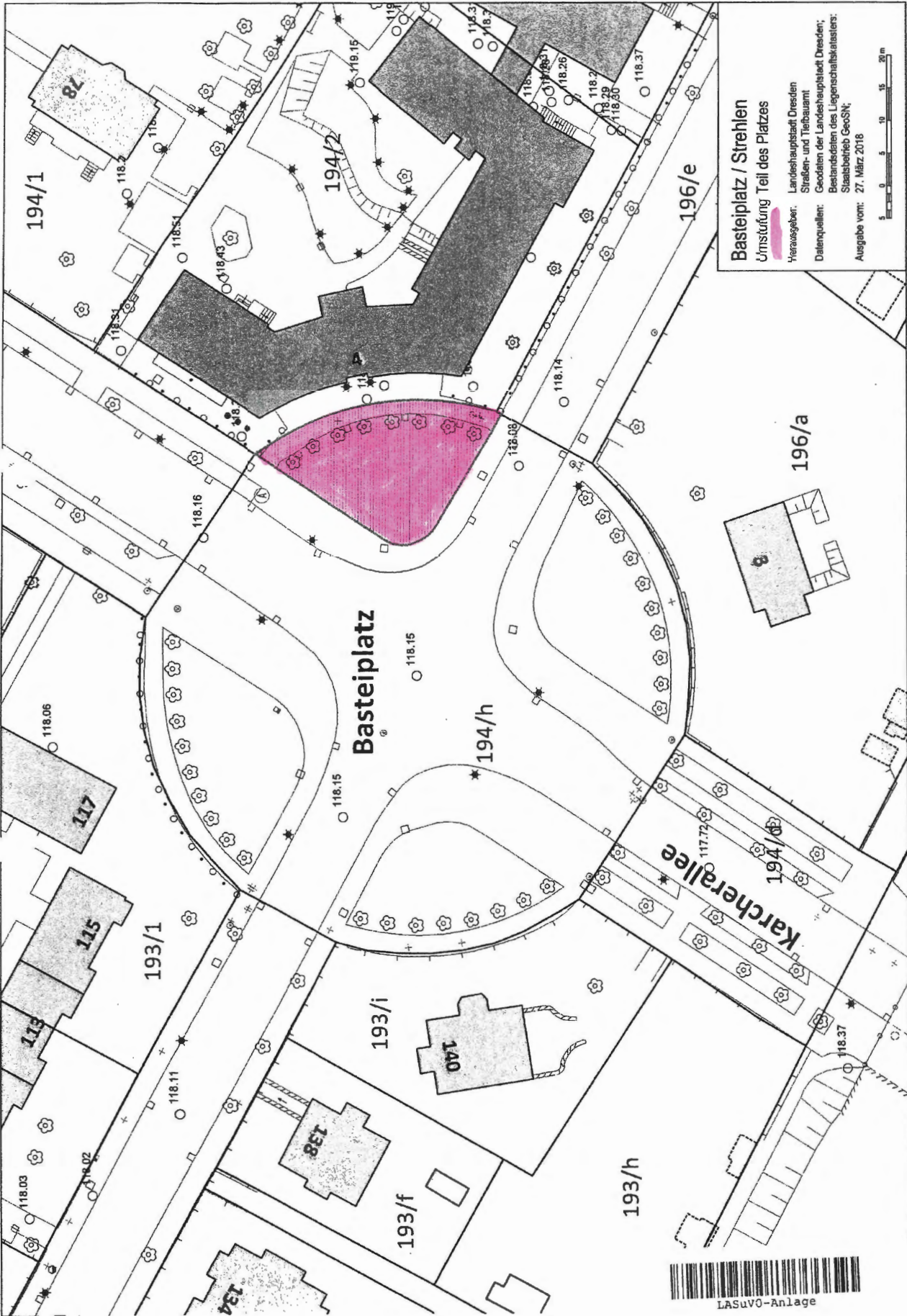
Landesamt für Straßenbau und Verkehr  
Mathias Tegtmeyer  
Referatsleiter  
in Vertretung des Abteilungsleiters Zentraler Servicebereich



## Lageplan 2



Lageplan 3

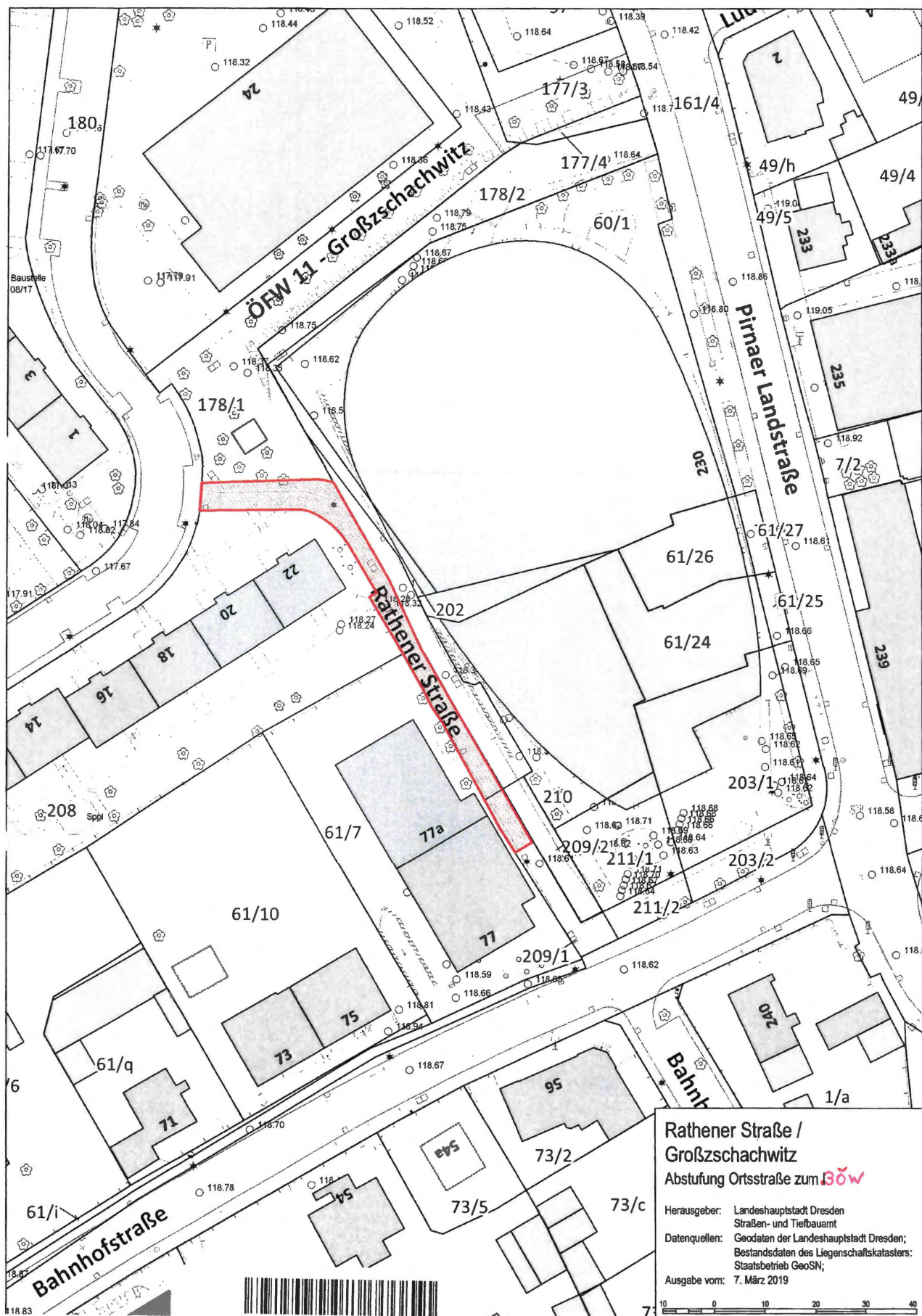


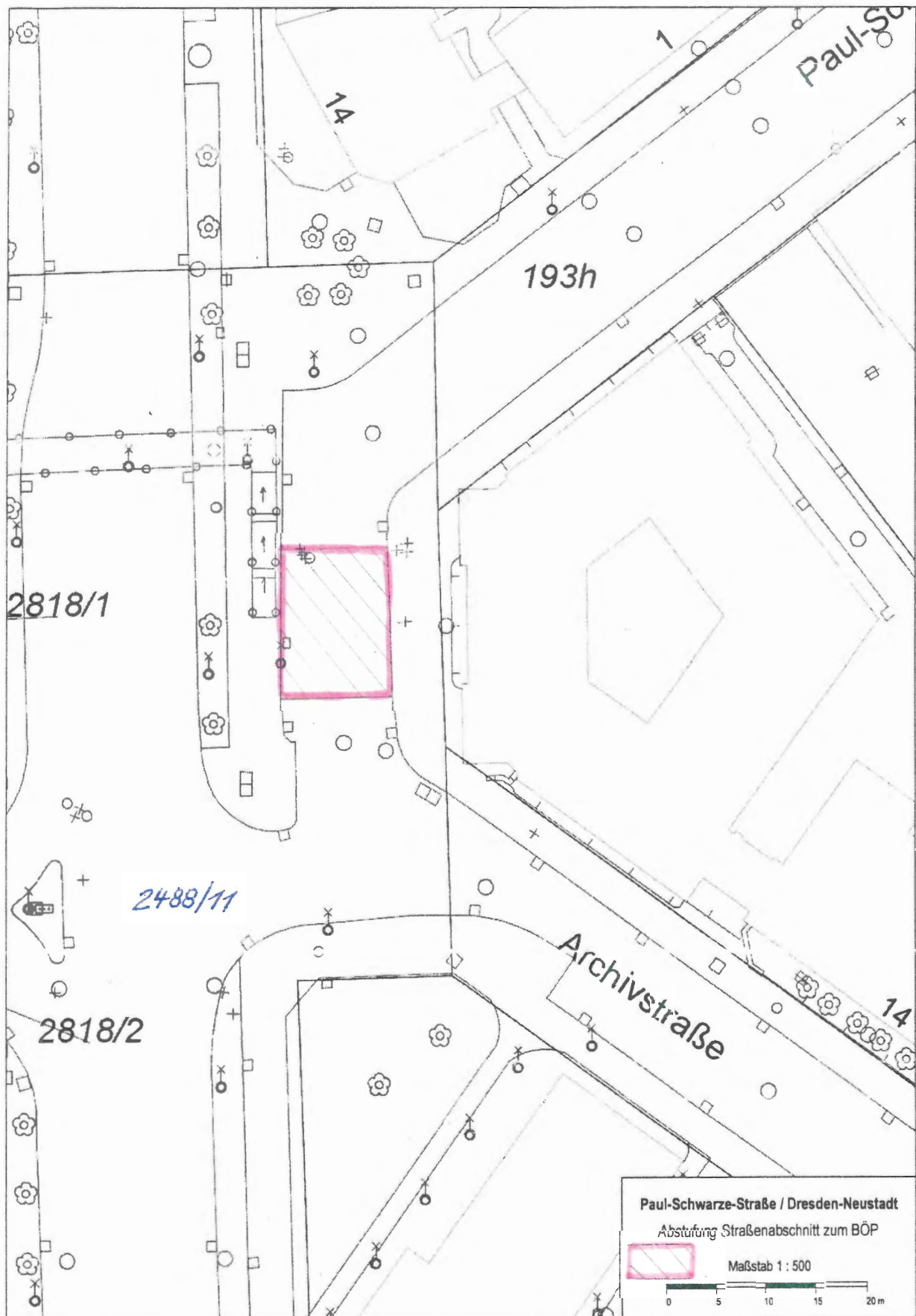
*Lageplan 4***Bischofsplatz / Dresden-Neustadt****Umstufung****2. BfW**Herausgeber: Landeshauptstadt Dresden  
Straßen- und Tiefbauamt  
SG Straßenverwaltung

Maßstab: 1:1000

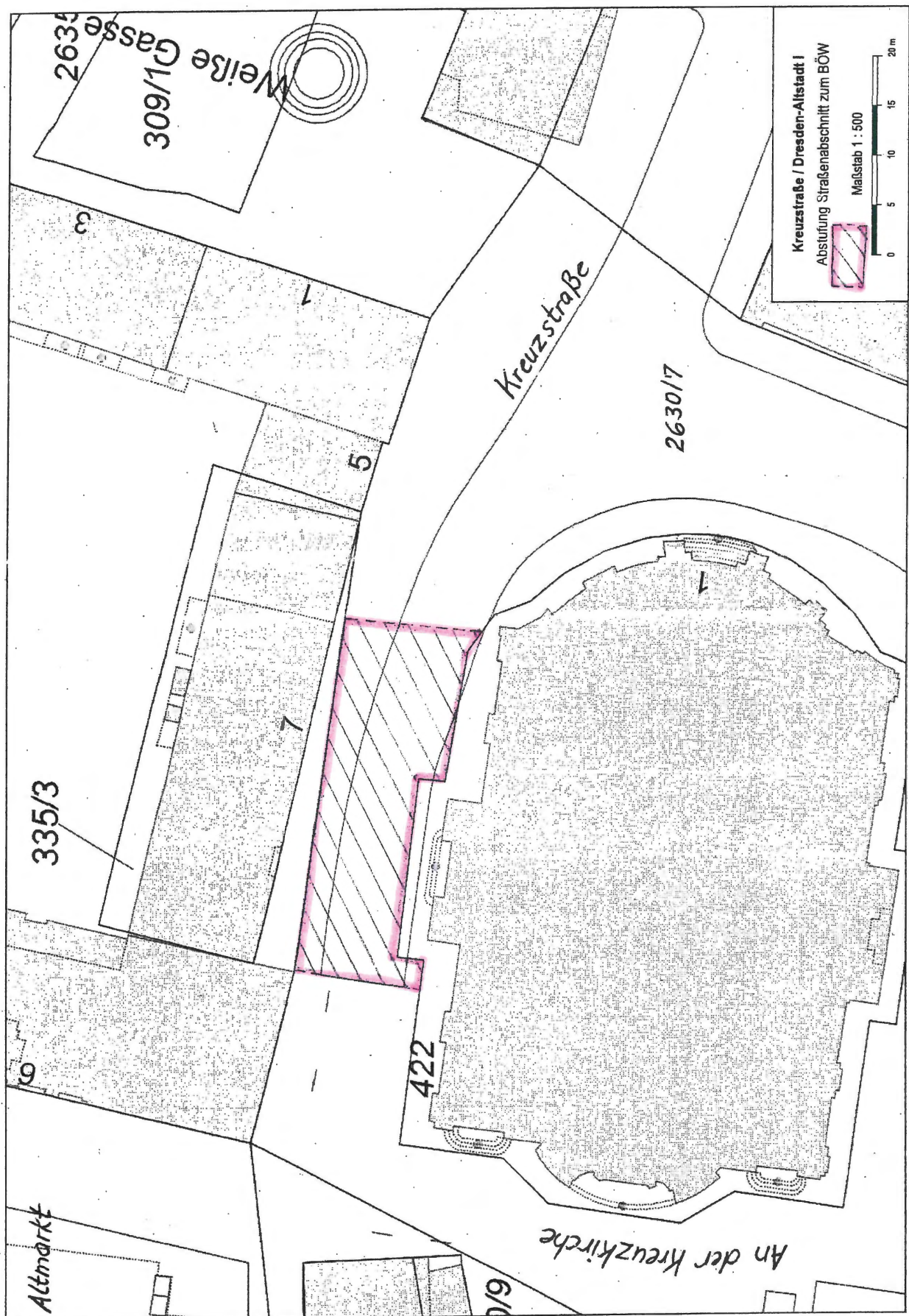
Ausgabe vom: 28. Februar 2018

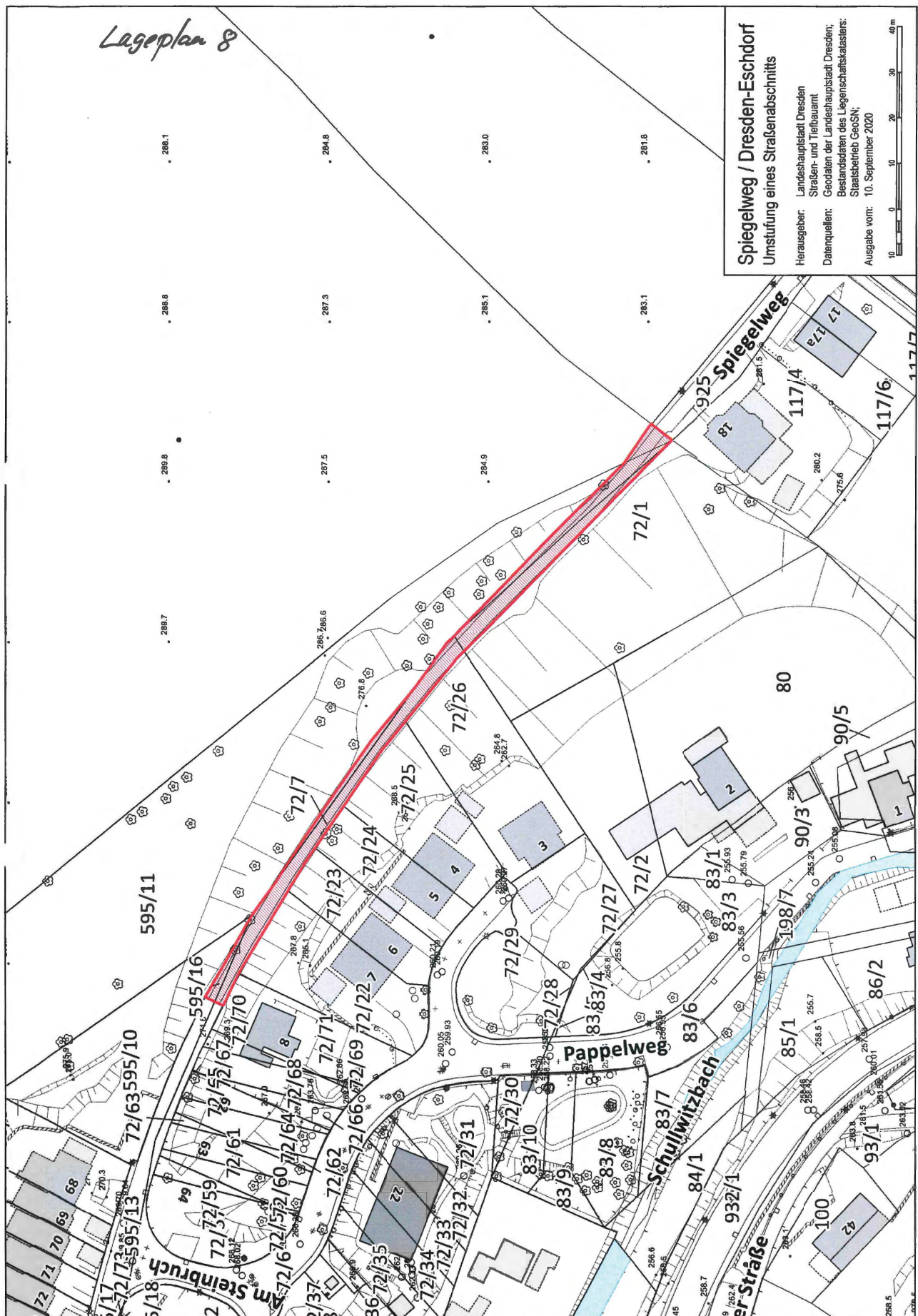
Der Inhalt dieser Karte ist nicht rechtsverbindlich.  
Verarbeitung unter Verwendung elektronischer Systeme und Verbreitung  
nur mit schriftlicher Genehmigung d. Herausgebers. Die analoge Ver-  
vielfältigung u. Weitergabe für eigene, nicht gewerbliche Zwecke ist gestattet.

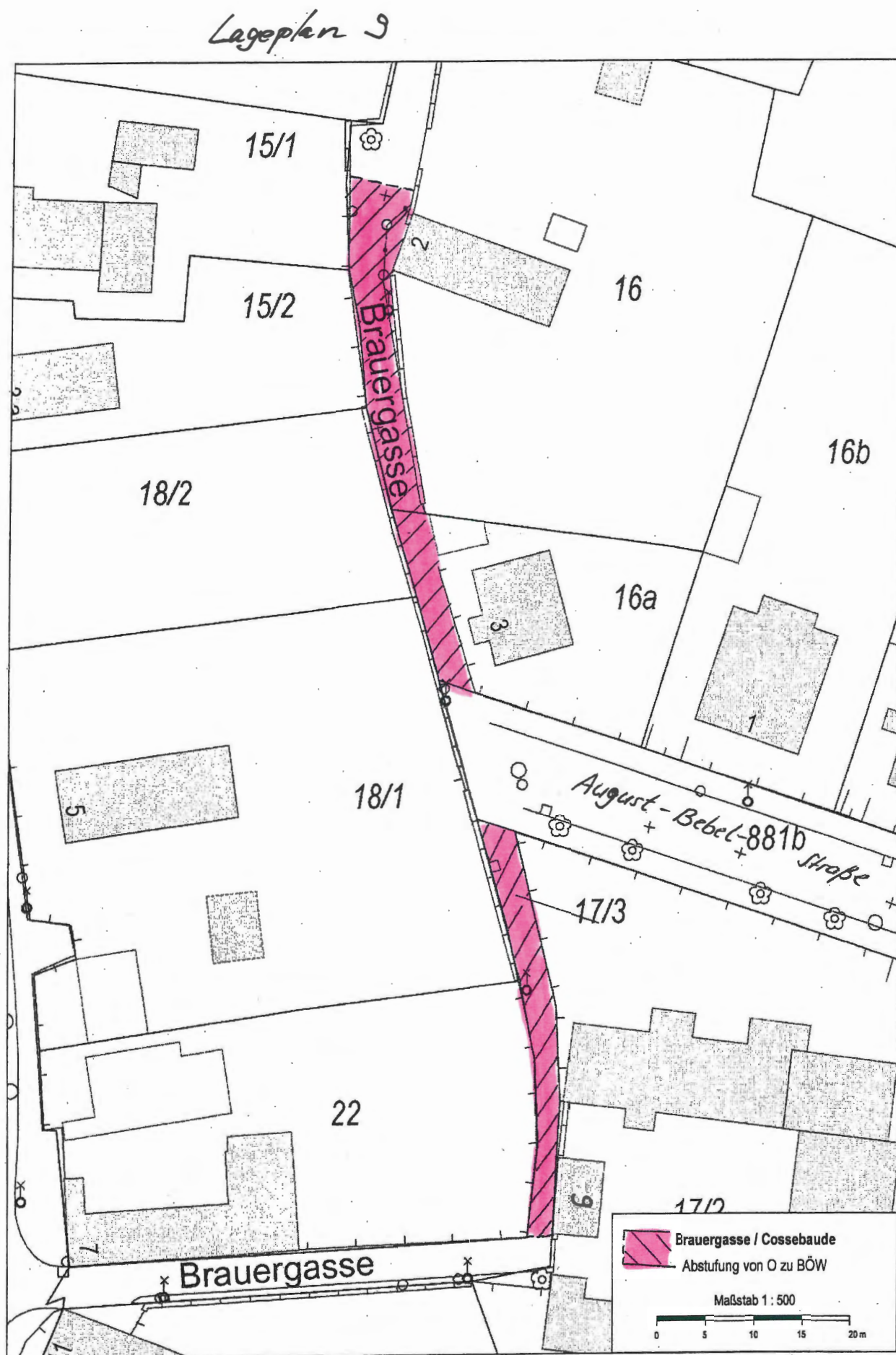
*Legenplan 5*

*Lageplan 6*

## Lageplan 7

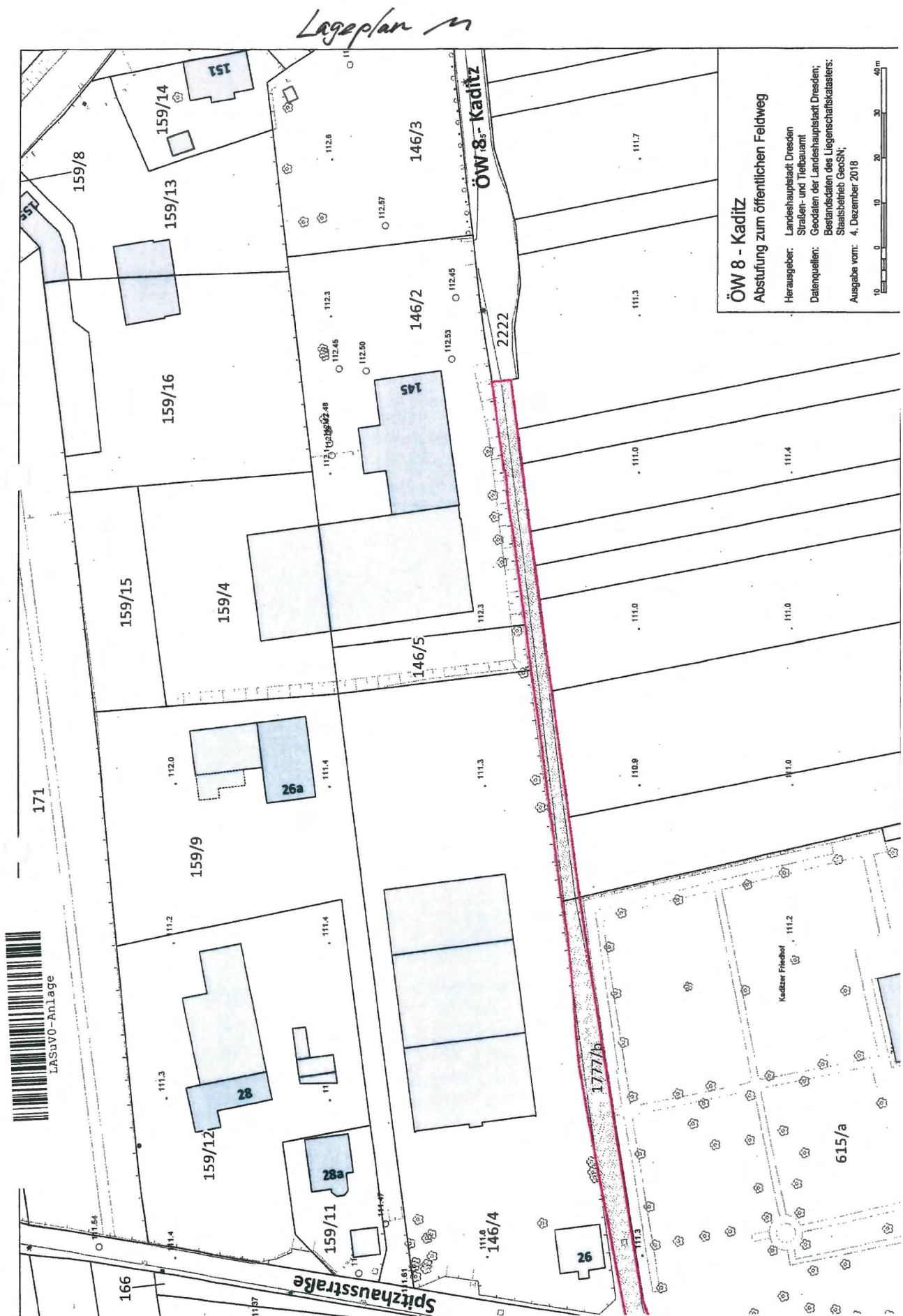






Lageplan 10





# **Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“**

**Vom 22. Juli 2021**

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband „Obere Röder“ hat mit Bescheid vom 22. Juli 2021 (Az.: 15.2-093.1101:06-AZV-ORö) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

„Die am 8. Juni 2017 von der Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ beschlossene 2. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ vom 11. Mai 2006 wird genehmigt.“

Die 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 22. Juli 2021

Landratsamt Bautzen  
Michael Harig  
Landrat

## **3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“**

Auf der Grundlage der §§ 48, 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ am 29. April 2021 folgende Änderung der Verbandssatzung zur Sicherheitsneugründung vom 22. März 2006 zuletzt geändert am 8. Juni 2017 beschlossen:

### **Artikel 1**

Im § 9 wird der Absatz 1 wie folgt neu gefasst:

- 1) Die Versammlung besteht aus den Bürgermeistern der Verbandsmitglieder.

Im § 9 wird der Absatz 3 wie folgt neu gefasst:

- 3) Jedes Verbandsmitglied erhält eine Stimme. Verbandsmitglieder mit mehr als 2.000 Einwohnern erhalten je angefangene weitere 2.000 Einwohner eine weitere Stimme. Für das laufende Jahr ist jeweils die Einwohnerzahl zum 30.06. des Vorjahres maßgebend, wie sie im Statistischen Landesamt gemäß § 125 SächsGemO festgestellt wird, im Falle, dass nur Ortsteile einer Kommune betroffen sind, ist die Zahl der natürlichen Einwohner des Ortsteiles, die zum 30.06. des Vorjahres im Einwohnermeldeamt der betreffenden Kommune gemeldet sind, maßgeblich.

Im § 9 Absatz 5 entfällt der Satz 2

Im § 9 wird der Absatz 6 wie folgt neu gefasst:

- 6) Die Stimmen eines Verbandsmitglieds werden einheitlich durch dessen Vertreter nach § 52 Absatz 3 Satz 1 SächsKomZG oder nach §9 Abs. 2 dieser Satzung abgegeben.

Im § 11 werden der Absätze 2 und 3 wie folgt neu gefasst:

- 2) Die Versammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn dies von einem Fünftel der Verbandsmitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt wird und die Versammlung den gleichen Verhandlungsgegenstand nicht innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt hat oder wenn sich seit der Behandlung die Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat. Der Verhandlungsgegenstand muss in die Zuständigkeit der Versammlung fallen
- 3) Der Verbandsvorsitzende beruft die Versammlung schriftlich oder in elektronischer Form mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Verhandlungsgegenstände ein und teilt rechtzeitig die Verhandlungsgegenstände mit; dabei sind die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnete Interessen Einzelner entgegenstehen. Zeit, Ort und Tagesordnung sind gleichzeitig ortsüblich bekannt zu geben. Dies gilt nicht bei der Einberufung der Versammlung in Eilfällen.

Im § 12 wird der Absatz 5 gestrichen, der bisherige Absatz 6 wird zum Absatz 5, der bisherige Absatz 7 wird zum Absatz 6 und wie folgt neu gefasst:

- 6) Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren

ren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Mitglied widerspricht.

Im § 13 Abs. 2 wird der erste Satz wie folgt geändert:

Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden, zwei Bürgermeistern der Verbandsmitglieder oder deren Vertreter nach § 9 Abs. 2, die an der Sitzung teilgenommen haben, und vom Schriftführer zu unterschreiben

Im § 14 Absatz 1 wird der letzte Satz gestrichen.

Der § 27 wird wie folgt neu gefasst:

- 1) Öffentliche Bekanntmachungen von Satzungen des Zweckverbandes erfolgen wöchentlich in einer elektronischen Ausgabe des Amtsblattes des Zweckverbandes unter dem Titel „Amtsblatt des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder““ auf der Internetseite des Zweckverbandes unter <https://www.zv-radeberg.de/Amtsblatt/amtsblatt.html>.
- 2) Die öffentlichen Bekanntmachungen sowie ortsüblichen Bekanntmachungen und Bekanntgaben des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ werden als elektronische Ausgabe des Amtsblattes auf der öffentlich zugänglichen Homepage des Abwasserzweckverbandes unter <https://www.zv-radeberg.de/Amtsblatt/amtsblatt.html> erscheinen. Darüber hinaus wird das Amtsblatt mit den öffentlichen Bekanntmachungen sowie ortsüblichen Bekanntmachungen und Bekanntgaben den Vorgaben des E-Government-Gesetzes entsprechend an den fol-

genden Standorten des Zweckverbandes zur Einsicht bereitgehalten:

- 01454 Radeberg, An den Dreihäusern 14, Sekretariat.

Bei Bedarf können Ausdrucke zur Verfügung gestellt werden.

- 3) Der Tag der Veröffentlichung ist auf dem Original der Satzung zu vermerken.
- 4) Sind Pläne, Karten oder andere zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten Bestandteile der Satzung, so können sie dadurch öffentlich gemacht werden, dass ihr wesentlicher Inhalt in der Satzung beschrieben wird, sie zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten in der Verbandsgeschäftsstelle, mindestens aber wöchentlich 20 Stunden, für die Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Hierauf ist bei der Bekanntmachung der Satzung hinzuweisen.
- 5) Andere öffentliche Bekanntmachungen, insbesondere die in gesetzlichen Vorschriften vorgesehenen ortsüblichen Bekanntmachungen und Bekanntgaben, erfolgen, soweit bundes- oder länderrrechtlich nichts anderes bestimmt ist, durch Einrücken in das in Absatz 1 genannten Amtsblattes. Absatz 3 gilt entsprechend.

## Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt nach Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Radeberg, 29. April 2021

Abwasserzweckverband „Obere Röder“  
Gerhard Lemm  
Verbandsvorsitzender

## Hinweis auf Fristen zum Geltendmachen von Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften:

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist;
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind;
3. Der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat;

4. Vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Einbeziehung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 2 oder 3 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Dieser Hinweis ist hiermit erfolgt.

Abwasserzweckverband „Obere Röder“  
Gerhard Lemm  
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
über die Genehmigung der Dritten Änderungssatzung  
der Verbandssatzung  
des Zweckverbandes „IndustriePark Oberelbe“**

**Vom 8. September 2021**

Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Zweckverband „IndustriePark Oberelbe“ mit Bescheid vom 27. August 2021 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (Sächs-GVBl. S. 270), die nachfolgende Genehmigung erteilt:

„Die in der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „IndustriePark Oberelbe“ am 21. Juli 2021 beschlossene Dritte Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 26. März 2018 wird rechtsaufsichtlich genehmigt.“

Die Dritte Änderungssatzung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Pirna, den 8. September 2021

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
Geisler  
Landrat

## **Dritte Änderungssatzung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „IndustriePark Oberelbe“**

Auf der Grundlage der §§ 61 Absatz 1, 26 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „IndustriePark Oberelbe“ am 21. Juli 2021 die folgende Dritte Änderungssatzung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „IndustriePark Oberelbe“ vom 26. März 2018 (SächsABl. Nr. 18 vom 3. Mai 2018, S. 592 bis 606), zuletzt geändert durch die Zweite Änderungssatzung vom 24. November 2020 (SächsABl. Nr. 5 vom 4. Februar 2021, S. 122), beschlossen:

### **Artikel 1 Änderungen**

1. In § 10 (Zuständigkeit der Verbandsversammlung) wird Absatz 3 ersatzlos gestrichen.
2. In § 13 (Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden) wird Absatz 2 wie folgt geändert:  
„(2) Der Verbandsvorsitzende erledigt die Aufgaben, die ihm durch Gesetz, durch die Verbandssatzung oder durch die Verbandsversammlung im Einzelfall übertragen werden. Dem Verbandsvorsitzenden wird die Erledigung folgender Aufgaben übertragen; der Verbandsvorsitzende entscheidet insbesondere über
  1. die Bewilligung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan bis zu einem Wert von EUR 250.000,00 (netto) je Einzelmaßnahme,
  2. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu einem Wert von EUR 100.000,00 (netto) je Einzelmaßnahme,
  3. die Vergabe von Lieferungen und Leistungen gleich welcher Art bis zu einem Gesamtwert von EUR 250.000,00 (netto) je Einzelmaßnahme,
  4. die Aufnahme und Gewährung von Krediten, Darlehen, Bürgschaften und Sicherheiten im Rahmen

- der Haushaltssatzung bzw. des Haushaltsplans bis zu einem Wert von EUR 250.000,00 (netto) je Einzelfall,
5. den Erwerb, Tausch, Veräußerung, Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie Anlagevermögen bis zu einem Wert von EUR 100.000,00 (netto) je Einzelfall,
6. den Abschluss, Kündigung, Verlängerung oder Änderung von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen bis zu einem Wert von EUR 100.000,00 (netto) je Einzelfall,
7. die Aufnahme, Fortführung und Beendigung von Rechtsstreitigkeiten bis zu einem Wert von EUR 100.000,00 (netto) je Einzelfall,
8. den Abschluss von gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichen bis zu einem Wert von EUR 100.000,00 (netto) je Einzelfall,
9. die Stundung von Forderungen bis zu einem Wert von EUR 100.000,00 (netto) je Einzelfall,
10. die Niederschlagung und den Erlass von Forderungen des Zweckverbandes bis zu einem Wert von EUR 100.000,00 (netto) je Einzelfall,
11. die Ausübung der gesetzlichen Vorkaufsrechte des Zweckverbandes bis zu einem Wert von EUR 100.000,00 (netto) je Einzelfall und
12. die Nichtausübung aller gesetzlichen Vorkaufsrechte des Zweckverbandes.“

### **Artikel 2 In-Kraft-Treten**

Die Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Pirna, den 22. Juli 2021

Zweckverband „IndustriePark Oberelbe“  
Opitz  
Verbandsvorsitzender

---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

16. September 2021

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 